

60227
81975
107425

5823
15329
23314
33433
40756
45071
52465
61937
66621
75297
82183
88308
97727
00745
03832
12958
17233
24216
29651

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2,00 Mk. ohne Zust. — Einzelne Nummern 7 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Konto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die jedesmalige Bezahlung, ausserhalb der Amtshauptmannschaft 4 Pf., im amtlichen Fall (ausser von Bedenken) die Seite 1 Pf. — Einzelnummern 2 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: **Paul Jehne.** — Druck und Verlag: **Carl Jehne in Dippoldiswalde.**

Nr. 256

Donnerstag den 2. November 1922

88. Jahrgang

Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums zu Dippoldiswalde

am 30. Oktober 1922.

Das Kollegium ist vollzählig. Außerdem sind erschienen der Bürgermeister und die Stadträte Dieckhoff, Schwind, Frisch und Jähel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Vorsteher Schumann bekannt, daß Gewerbestudienrat Nieker, der nach längerer Verurlaubung morgen Mittwoch seine dienstliche Tätigkeit wieder aufnimmt, aus Gesundheitsrücksichten gebeten hat, ihn aus seinem Stadtratsamte zu entlassen, und daß gleich dem Räte auch die Stadtverordneten in ihrer Mehrheit den Gründen sich nicht verschließen konnten und die Entlassung genehmigten. Er spricht dem Zurücktretenden namens der Stadtverordneten Dank und Anerkennung aus für die der Stadt und damit der Allgemeinheit während fast einem Jahrzehnt als Stadtverordneter und Stadtrat, insbesondere im Elektrizitätswerksausbau, geleisteten Dienste und verbindet damit den Wunsch auf baldige völlige Genesung. Zum Zeichen des Einverständnisses erheben die Stadtverordnete sich von den Plätzen. Die Ergänzungswahl findet am 24. November abends 7, 8 Uhr statt.

Die letzte Gaspreisänderung war für das ab 1. September verbrauchte Gas bewilligt worden, nicht aber für den bei der Ableitung der Zähler im letzten August-Drittel mit erfassen teilweise Augustverbrauch. Auf die entsprechende Verständigung des Gaswerkes Heidenau antwortet dieses, die Ableitung eines Teiles der Zähler im letzten Monatsdrittel lasse sich technisch nicht vermeiden und der Gaspreis-Prüfungsausschuss habe ja auch ausdrücklich Berechnung von der letzten August-Ableitung ab genehmigt. Im übrigen habe das Gaswerk die bedeutenden Mehrkosten, die ihm durch die notwendig gewordene Verwendung englischer Kohle entstanden, bei der Preisfestsetzung noch gar nicht in Ansatz gebracht. Schon aus diesem Grunde erhoffe es Einverständnis mit der bisherigen Art der Ableitung und bitte um Aufklärung der Einwohner. Gleich dem Räte nimmt man Kenntnis.

Der Rat hatte sich an das Ministerium gewandt mit der Bitte, von den Personallisten der Handelsschule nicht nur ein Drittel, sondern zwei Drittel, wie bei der Gewerbeschule, zu übernehmen, das bei Übernahme der Schule durch die Stadt von Vertretern der Regierung zugesagt worden sei. Letzteres bestritt das Ministerium und lehnt einen höheren Zuschuß strikte ab, da die Handelsschule über das Maß einer Fortbildungsschule wesentlich hinausgehe. Der Rat ist jedoch bei seinem Standpunkte stehen geblieben, was die Stadtverordneten gutheissen.

Kenntnis nimmt man von einem Dankschreiben des Frauenvereins für die weitere Unterstützung der Kinderbewahranstalt. Auf Beschwerden aus der Einwohnerschaft hat der Rat der Brandversicherungskammer gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß hier eine Anzahl Gebäude mit den erhöhten Beiträgen belegt worden seien, bei denen das nicht gerechtfertigt erscheine. Darauf erwidert die Kammer, daß dann jedenfalls in den betreffenden Grundstücken Anlagen mit erhöhter Feuergeschwindigkeit früher vorhanden waren, deren spätere Entfernung ihr nicht mitgeteilt wurde. Aus dem Kollegium heraus wird empfohlen, das Kleingeld nachzubolen und im übrigen die Kammer um Rückzahlung zu bitten; eine Verpflichtung hierzu besteht für diese nicht. Weiter wird empfohlen, in Zweifelsfällen an das hiesige Brandversicherungsamt sich zu wenden, wo Aufklärung gewiß gegeben werde.

Den Einlegerzinsfuß bei der Sparkasse erhöht man auf 4% ab 1. 1. 23.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung, „Mietvertrag für die Bürgermeistereiwohnung“, führt der Vorsteher aus, die Angelegenheit habe das Kollegium bereits in nichtöffentlicher Sitzung beschäftigt. Schon lange Zeit habe die Mälerschule die Bürgermeistereiwohnung zu bestrahlen benötigt. Es fehlte nur an einem entsprechenden Erlaß. Als sich dieser in der Apotheke fand, habe man schleunigst zugreifen müssen. Es lag ein Ratsbeschluss vor, das Herrichten dieser Wohnung auf die Mälerschule zu übertragen. Im Stadtverordnetenkollegium, dessen Berichterstatter eine ziemlich hohe Summe (wohl 40 000 Mk.) als notwendig bezeichnet habe, war man durchaus nicht allenthalben einverstanden. In der Erwägung aber, daß dem Bürgermeister die Wohnung durch die Mälerschule tatsächlich weggenommen und er so zu einem Wechsel gezwungen wurde, stimmte man dem Ratsbeschluss zu, brachte jedoch zum Ausdruck, daß die Wohnung wohl vorgefertigt, jeder Luxus aber vermieden werden solle. Weiter beschlossen die Stadtverordneten, die betreffende Wohnung solle von der Stadt überhaupt für den jeweiligen Bürgermeister gemietet werden. Nach Lage der Sache müsse die Stadt einerseits etwas tun, andererseits aber bestrebt sein, die Kosten möglichst wieder herabzubringen. Damit war die Angelegenheit für die Stadtverordneten zunächst erledigt, der Rat mit den Stadtverordneten einverstanden gewesen und habe die Arbeiten beschleunigt vergeben. Ingesamt seien durch diesen Wohnungswechsel, wie er jetzt sehe, 102 000 Mk. Ausgaben entstanden. Die Stadt mietete die Wohnung für 2500 Mk. und vermietete sie an den Bürgermeister für 6000 Mk. mit dem Zusatz, daß dieser auch etwaige weitere auf Grund des Reichsmietengesetzes eintretende Erhöhungen zu tragen hat. Er, der Vorsteher, sei heute, wo er die Summe von 102 000 Mk. höre, allerdings sehr überrascht, da ja anfangs ein viel niedrigerer Betrag genannt und von den Stadtverordneten tunlichste Einfachheit verlangt worden sei. Er müsse annehmen, daß die Ausgaben nicht zu umgehen gewesen seien, schlage aber vor, die Abrechnung vor der Bewilligung des Geldes nachzuprüfen, auch teilweise Heranziehung des Grundstücksbesitzers zu erwägen.

Hierauf nimmt Bürgermeister Herrmann das Wort, um Stellung zu nehmen zu einem diese Angelegenheit behandelnden Sprechsalartikel in der „Weißeritz-Zeitung“. Dieser Artikel nehme in unglücklicher Weise Stellung zu Beschlüssen der städtischen Kollegien. Die Redaktion des Amtsblattes müsse von allen guten Geistern verlassen gewesen sein, als sie einem derartigen Artikel würde den städtischen Kollegien nicht nur der Vorwurf Rat gehabt habe, seinen Namen darunter zu setzen. In dem Artikel wurde den städtischen Kollegien nicht nur der Vorwurf gemacht, daß sie mit städtischen Geldern um sich geworfen hätten,

sondern zwischen den Zeilen werde dem Ratvorstande sogar der Vorwurf gemacht, daß er Kohlen für seinen Bedarf aus der Mälerschule habe fortgeschaffen lassen. Letztere seien aber Zentner für Zentner abgemessen und von ihm bezahlt worden. Es sei alles geschehen, um die Umzugskosten herabzudrücken. Der Bürgermeister schildert dann nochmals die Schwierigkeiten, die es gemacht habe, überhaupt eine Wohnung für ihn freizubekommen; diese aber sei dann so abgemessen gewesen, daß sie ohne Herrichten nicht beziehbar war. Für die Zahlung der Umzugskosten sei die Stadt durch Ortsstatut verpflichtet. Er habe aber trotzdem gar manches noch selbst bezahlt. Das städtische Elektrizitätswerk wurde zu den Arbeiten deshalb nicht herangezogen, weil es stark beschäftigt war, und die Sache drängte. Nach den späteren ausführlichen Darlegungen des Stadtrats Frisch stimmt das nicht.

Vorsteher Schumann sagt, für ihn habe keine Ursache vorgelegen, auf den Sprechsalartikel einzugehen, da er allein dem Kollegium verantwortlich sei. Im übrigen habe er sich gefreut, daß überhaupt einmal jemand Interesse für die Verhandlungen auf dem Rathaus zeigte. Er begründet die Notwendigkeit der Verhandlung in nichtöffentlicher Sitzung. Aufklärung wäre heute erfolgt auch ohne den fraglichen Zeitungsartikel.

Hierauf legt Stadtrat Frisch, der die Arbeiten in der Hauptsache leitete, in längeren Ausführungen dar, warum die Sache so teuer wurde. Allein die Feuerungswelle sei schuld. Er habe ursprünglich geglaubt, mit 40 000 Mk. auszukommen, und sei krampfhaft bemüht gewesen, das auch einzubehalten, leider vergebens. Er führt aus, wie an den einzelnen Arbeiten immer wieder Abstriche gemacht, wie überall versucht worden sei, zu sparen. So sei es auch mit der Lichtleitung gewesen. Auf 26 585 Mk. lautete der Anschlag des Elektrizitätswerkes freilebend. Das habe er nicht anlegen können. Der Dezerent des Werkes hätte den Anschlag nicht prüfen können, da er beurlaubt gewesen sei; der Betriebsleiter auch nicht, da er ihn ja gemacht hatte. Da habe er sich eben an die Konkurrenz gewendet. Deren Anschlag sei an sich niedriger gewesen, bei Verschönerungen und Verhandlungen aber schließlich durch Abstriche und Veränderungen auf 13 080 Mk. herabgedrückt worden. Das städtische Elektrizitätswerk sei zu der Sache nicht wieder gehört worden. Bei den Umzugskosten habe man ebenfalls gespart, wo es ging. Ohne all das wäre die Sache eben noch viel, viel teurer geworden. Rennenswerte bauliche Veränderungen habe man nicht vorgenommen. Die Miete an den Hauswirt habe man nach dem Reichsmietengesetz festgesetzt. Auf die 150% für Instandhaltung habe letzterer verzichtet, lehne aber damit gleichzeitig auch in Zukunft die Instandhaltung der Wohnung ab. Mit 6000 Mk. zahle der Bürgermeister gegenwärtig die höchste Miete in der Stadt und viel mehr als andere gleichwertige Wohnungen.

Stadtverordneter Schubert führt aus, eine gewisse Erregung in der Bevölkerung sei erklärlich, wenn man berücksichtige, daß früher, nachdem 200 000 Mk. für Wohnungsvoorzustellungen ausgegeben waren, beschlossen worden sei, man habe kein Geld mehr für diese Zwecke, und heute hätte man 100 000 Mk. für eine einzige Wohnung. Er erwarde nun, daß auch bei erneuten Gesuchen wieder Mittel bereitgestellt würden. Der Vorsteher stellt fest, daß die 200 000 Mk. von damals nach heutigem Stande Millionen seien, und Stadtverordneter Nieker, daß in der Bürgermeistereiwohnung jeder Luxus vermieden sei. Stadtverordneter Hell rügt auch in diesem Falle, daß in der ganzen Sache keine der in Frage kommenden Ausschüsse gehört worden sei, was der Vorsteher unterstützt mit der Bitte an den Rat, davon Kenntnis zu nehmen. Schließlich wird die Beschlussfassung ausgesetzt bis nach Prüfung der ganzen Angelegenheit und Vorlage der notwendig werdenden Mietverträge.

Zustimmend wird Kenntnis genommen von den vom Flurausschuss festgesetzten Pachtpreisen für städtische Flurstücke. Sie betragen für den Scheffel den Wert von einem Zentner Roggen und zwar für ertragsfähigen Boden je zur Hälfte Umlagepreis und Dresdner Börsepreis vom 1. Oktober, im übrigen drei Viertel Umlage- und ein Viertel Börsepreis, für Gärten mit Obst das 3 fache der 1. Klasse, für solche ohne Obst das 2 1/2 fache der 2. Klasse, für Zufahrten usw. das 5 fache des bisherigen Pachtpreises. Hierauf beträgt die Pachtsumme für den Nr. 1. Klasse 80 Mk., 2. Klasse 65 Mk., Gärten mit Obst 240 Mk., ohne Obst 160 Mk.

Der nächste Punkt betrifft eine Vorlage wegen Altershilfe, die eine freiwillige regelmäßige Abgabe von allem Gehalt und Lohn und freiwillige regelmäßige Beihilfen von allen Selbständigen vorschlägt. Gleich dem Räte stimmt man zu und wählt in den dazu zu schaffenden Ausschuss den Vorstehenden. Stadtverordneter Niemand bittet, die Angelegenheit so viel als möglich zu beschleunigen, da die Not besonders unter den verschämten Bedürftigen die Grenze des überhaupt Erträglichen erreicht habe.

Weiter steht eine Vorlage zur Beratung, von dem bei der Stadt vorhandenen Kohlenvorrat Bestreben den Winter hindurch, soweit der Vorrat reicht, monatlich einen Zentner Kohlen für 200 Mk. abzugeben, wozu die Stadt 50 Mk. Zuschuss soll. Die Angelegenheit wird dem Finanzausschuss überwiesen, der vorhandene Kohlenvorrat besteht aus „Markenkohlen“, die nicht gekauft wurden, weil den Berechtigten das Geld fehlte. Es sind also bewirtschaftete Kohlen.

Nachmals beschäftigt man sich mit der Stadtmusikdirektorstelle, die man heute endgültig begräbt, der Kosten wegen. Das Gesuch des Bezirksförsternfeinergemeinisters um 1900% Zuschlag zur Rehrtage fand Bewilligung seinerzeit unter der Voraussetzung, daß zwei Gehilfen beschäftigt werden und daß der Landbezirk das fache bewilligt. Dieser hat aber nur 1400% genehmigt und stellt dem Gesuchsteller frei, einen oder zwei Gehilfen zu beschäftigen. Dem schließt man sich heute gleich dem Räte an.

Schließlich stehen noch die in der letzten Schulausschussitzung beratenen Stundenpläne für Ostern 1923 und in Verbindung damit dort gefassten Beschlüsse zur Beratung, die an dieser Stelle ausführlich behandelt worden sind. Die Kollegien beschließen in der Sache folgendes: Der Stundenplan wird im ganzen genehmigt; ab Ostern wird eine neue Sprachenklasse aufgestellt; die 1. und 2. Klasse der Sprachenabteilung erhält 10 Pflichtstunden; die Hilfslehre wird auf 3 Klassen herabgesetzt, jede derselben erhält 3 Pflichtstunden mehr als früher (der Schulausschuss hatte 4 beantragt); der Stenographieunterricht in der 1. und 2. Knabenklasse wird Pflichtfach für die betreffenden Kinder; für die Verwaltung der Lehrmittelsammlung werden 2 Stunden Ermäßigung

(so beschloß auch der Schulausschuss, der Rat hätte davon eine Stunde gestrichen); die Knaben-Fortbildungsschule erhält weiterhin 5 Stunden Unterricht, bis die Frage des Turnunterrichts und schließlich auch der Gewerbeschule erledigt ist (der Ausschuss hatte Erhöhung auf 6 Stunden beantragt); die Anstellung einer neuen Lehrkraft und Übernahme von 12 Ueberstunden ist beim Unterrichtsministerium zu beantragen (der Schulausschuss wünschte einen hauptamtlichen Fortbildungsschullehrer und 18 Ueberstunden). Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Zur Frage der Bürgermeistereiwohnung: Den Einsender des Sprechsal-Artikels gegen die Apostrophierungen seiner Person in Schutz zu nehmen, ist nicht Sache des Berichterstatters. Wohl aber veranlassen mich die Anwürfe des Bürgermeisters gegen die Schriftleitung dieses Blattes, den fraglichen Sprechsal-Artikel nach allen Seiten zu prüfen. Und da ich, wohl nicht mit Unrecht, annehme, daß die wenigsten Leser den Artikel zur Hand haben, stelle ich folgende Tatsachen fest: Daß der Artikel den städtischen Kollegien den Vorwurf macht, daß sie mit städtischen Geldern um sich werfen, ist nicht wahr; er regelt lediglich die in der Stadt umlaufenden Gerüchte (die auch Stadtrat Frisch erwähnte) und gibt ausdrücklich zu, daß sie über die Wirklichkeit hinaus-schießen. In der heutigen Sitzung wurde auch nur bestritten, daß man es gemacht worden sei, als unbedingt nötig war. Weiter sagte Bürgermeister Herrmann, zwischen den Zeilen sei ihm der Vorwurf gemacht worden, daß er Kohlen für seinen Bedarf aus der Mälerschule habe fortgeschaffen lassen. Auch das ist nicht wahr, denn der Artikel sagt: „Sogar Kohlen wurden vom Rathaus abhingetragen (wohl zum Austrocknen der Mauerarbeiten)“. Und das ist in den heutigen Verhandlungen bestritten worden: für mehr als 1000 Mk. Kohlen wurden während der Herrichtungsarbeiten aus dem Rathaus nach der neuen Bürgermeistereiwohnung geschafft zu dem vom Einsender vermuteten Zwecke. Der Artikel gibt auch die Möglichkeit zu, daß für die Stadt eine Verpflichtung zum Vorrichten der Wohnung bestand und tadelt nach dem Verhandeln in nichtöffentlicher Sitzung. Was wegen der Lichtleitung in dem Artikel gesagt ist, hat in der heutigen Sitzung ebenfalls in der Sache selbst Befestigung gefunden. D. B.)

(Auch uns sei ein kurzes Wort gestattet. Die Anwürfe des Bürgermeisters gegen uns legen wir zu den übrigen auf gleicher Höhe stehenden. Zur Sache möchten wir bemerken: Für uns liegt der geringste Grund vor, den Artikel abzulehnen, der lediglich die auch uns zu Ohren gekommenen Gerüchte wiedergibt und in ganz einwandfreier Weise eine kleine Kritik daran knüpft. Wenn Männer, die im öffentlichen Leben stehen, das nicht vertragen, was in diesen Zeilen steht, gehören sie in den Glasstrahl. Wie man hier von „unglaublicher Weise“ sprechen kann, verstehen wir nicht. Noch viel weniger verstehen wir aber, wie man bei dem klaren Wortlaute zwischen den Zeilen den Vorwurf der unberechtigten Mitnahme von Kohlen aus der Mälerschule durch den Ratvorstand lesen will. Das ist ein starkes Stück. Wir erklären hiermit, daß wir erst durch den Sitzungsbericht Kenntnis erhalten haben davon, daß der Ratvorstand Kohlen aus der Mälerschule mit aufnahm. Der Einsender des fraglichen Artikels verschleierte uns auf Befragen daselbe für seine Person. Und das ist auch nicht anzuzweifeln, schreibt er doch ausdrücklich vom Rathaus“. Die Unterstellung, daß wir eine derartige Verdächtigung durchgeben und gar denken würden, als Beleidigung anzusehen, hätten wir wirklich Ursache, und der Ausdruck „unglaubliche Weise“ wäre hier mit Grund angebracht. Wenn man uns einen Vorwurf daraus macht, daß wir den Namen des Einsenders mit dem Redaktionsgeheimnis decken, so haben wir dafür gute Gründe (wie die Schriftleitungen in anderen Orten wohl auch, wie der Augenstein lehrt). Wir haben nämlich im Laufe der Jahre die Beobachtung immer und immer wieder machen müssen, daß die Objektivität, die die Sache streng von der Person trennt, durchaus nicht eine allgemeine menschliche Eigenschaft ist. Jedermann, besonders aber den Stadtverordneten, empfehlen wir, den Sprechsal-Artikel noch einmal ruhig durchzulesen (das kann bei uns geschehen). Wir selbst aber werden nach wie vor unser Handeln nur bestimmen lassen durch unser Gewissen und sonst nichts. Die Schriftleitung.)

Derliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Am Sonnabend fand in „Stadt Dresden“ hier ein Amtstag der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde statt, zu dem sich gegen 60 Bürgermeister und Gemeindevorstände eingefunden hatten. Nachdem Amtshauptmann v. d. Planitz die Anwesenden begrüßt und die Gründe zur Abhaltung des Amtstages angegeben hatte, hielt Hofrat Dr. Schmidt, Nahrungsmittelchemiker, einen Vortrag über die Nahrungsmittelkontrolle. Im verfloßenem Jahre sind von ihm 372 Proben untersucht worden. Von 30 Milchproben aus dem Bezirk zeigten sich 40% als verfälscht. Sie hatten zu wenig Fettgehalt. Die Kontrolle wird vielfach dadurch erschwert, daß geforderte Proben einfach nicht geliefert werden. Bei Trocken- und Kunstmilch kann leicht Fälschung vorkommen. Die Verdächtigung amerikanischer Schmalzes auf Verfälschung ist nicht berechtigt. Eine Butterprobe bestand aus reiner Margarine. Manche Butter war ranzig, weil sie zu lange aufgehoben worden war. Die Gemeindebedörden werden daher aufgefordert, bei den Aufkäufem öfters Proben zu entnehmen und einzuschicken. Margarine, die zur Erkennung als solche mit Stärke zu versehen ist, war einwandfrei. Bei sechs Proben enthielt nur eine 16% Wasser. Beim Drote darf der Wassergehalt nicht 40% überschreiten. Reis wird mit Speckstein poliert. Wenn nun dieser an den Körnern haften bleibt, beschwert er nicht nur das Gewicht, sondern auch den Magen. Kein Backpulver enthielt das gesetzlich vorgeschriebene Quantum Kohlen-säure. Gewürzwürfel mußten vielfach beanstandet und Vanille-zucker für minderwertig erachtet werden. Gemahlener Jizmit enthielt zu viel Asche und Essig zu wenig Essigsäure und war vielfach trübe. Von den eingelieferten Kognakproben fand man in einer nur 20% Spiritus. Viele Proben von verschiedenen Nahrungsmitteln gaben zu keiner Aussetzung Anlaß. Zum Schluß forderte der Vortragende auf, ihm in Verdachtsfällen Proben zur Untersuchung einzuschicken. Amtshauptmann v. d. Planitz dankte dem Redner und stellte in Aussicht, daß nächsten Adressen von Butter-bändlern eingefordert würden. Medizinalrat Dr. Endler wünschte